

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe November 2015



Abschlussbericht des Steuer-sonderausschusses

"Die wesentliche Erkenntnis des TAXE-Sonderausschusses besteht darin, dass der Sonderausschuss kaum wirklich neue Informationen zutage gefördert hat. Der verabschiedete Ausschussbericht, ist kein Aufklärungsbericht, sondern eine Wunschliste von Forderungen für den Bereich Unternehmensbesteuerung. Das ist ein ausgesprochen enttäuschendes Ergebnis", so Markus Ferber. Nach 10 Monaten Ermittlungsarbeit stimmte das Europäische Parlament in Straßburg über den Abschlussbericht des Sonderausschusses "Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung" in dieser Woche ab. Ferber, selbst Mitglied im Sonderausschuss kritisiert, dass die Debatte bisher auch zu sehr unter dem Stichwort „Luxleaks“ lief. "Andere Mitgliedstaaten, die sich ebenfalls durch fragwürdige Steuerdeals hervorgetan haben, haben nicht genügend Beachtung gefunden – das gilt besonders für die Niederlande." Ein Aspekt, der seines Erachtens ebenfalls noch näher beleuchtet werden müsse, sei die Frage, warum die Kommission jahrelang tatenlos dabei zusehen habe, dass die bisher vorgesehene Verpflichtung zum Informationsaustausch in Steuerfragen de facto vollkommen ignoriert wurde.

EU-Parlament beschließt Versicherungsvertriebs-Richtlinie

Die EU will die Bürger vor falscher Beratung bei Versicherung schützen und das Geschäft mit Versicherungen transparenter machen. Das Europäische Parlament hat die neuen Vorschriften für den Verkauf von Versicherungen an-

genommen und stärkt damit die Rechte der Verbraucher, denen das gleiche Schutzniveau auf allen Versicherungsvertriebskanälen zugutekommen soll. Deshalb sollen die neuen Regeln nicht nur für Versicherungsunternehmen und -vermittler gelten, sondern für alle Marktteilnehmer, die Versicherungen verkaufen, wie etwa Reisebüros und Autovermietungsfirmen. "Verbraucher werden damit in die Lage versetzt, die verschiedenen Angebote besser zu vergleichen. In der EU werden gleichzeitig die Bedingungen für einen fairen Wettbewerb geschaffen", so Markus Ferber. Damit der Verbraucher weiß, wofür er zahlt, sollen die Details über Verpflichtungen und Risiken in klarer Sprache formuliert werden und es werden standardisierte Merkblätter eingeführt.

Plenardebatte zu Terroranschlägen in Paris

"Wir müssen die Antiterror-Maßnahmen jetzt endlich beschließen, nicht nur darüber reden", so Markus Ferber, anlässlich der Schwerpunktdebatte in Straßburg zu den Terroranschlägen von Paris. Konkret gehe es um die Auswertung relevanter Fluggastdaten zur Terrorismusbekämpfung und die Stärkung der EU-Strafverfolgungsbehörde Europol. "Wegen des Widerstands der Sozialdemokraten und Grünen konnten wir, die seit Jahren ausgearbeiteten Gesetzesvorschläge bisher nicht verabschieden." Er kritisiert zudem, dass "beim Zugang zu Flugzeugen nach wie vor große Sicherheitslücken klaffen". "Es kann nicht sein, dass man vor dem Betreten eines Flugzeuges nicht einmal einen Ausweis vorzeigen muss. Bei innereuropäischen Flügen kann jeder Terrorist mit Pseudonymen Flüge buchen und quer

durch Europa reisen, ohne dass ein Ausweis kontrolliert wird."

Nein zu europäischem Einlagensicherungssystem

Wenn eine Bank in Deutschland pleitegeht und ihren Kunden nicht mehr die Ersparnisse auszahlen kann, greift der gesetzlich garantierte Schutz von bis zu 100 000 Euro pro Kunde und pro Bank. Nun will die EU-Kommission einen europäischen Topf zum europaweiten Schutz von Spargeldern schaffen. "In dieser Woche hat sie ihren Vorschlag zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems, den ich strikt ablehne, vorgelegt. Ich werde mich intensiv für den Erhalt der bewährten nationalen Einlagensicherungssysteme in Europa einsetzen. Denn die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung und gegenseitigen Haftungspflichten, wie es auch Sozialdemokraten und Grüne fordern, würden am Ende nichts anderes bedeuten, als dass der deutsche Sparer für Verluste der Banken in anderen EU-Ländern haften muss. Es gibt für mich kein überzeugendes Argument für ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem. Die Kommission macht damit den zweiten Schritt vor dem ersten und setzt falsche Anreize." Aktuell verfügen nur 14 der 28 EU-Länder über das geforderte nationale Sicherungssystem. Der europäische Gesetzgeber hat sich in der vergangenen Legislaturperiode bewusst und sehr deutlich in dieser Frage positioniert und klargemacht, dass ein gemeinsames europäisches Einlagensystem nicht gewünscht ist. "Auch die Ausnahmeregelungen für Sparkassen und Volksbanken sind nur Augenwischerei", so Markus Ferber abschließend.

